

# Kritik

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bezugnahme auf 10 Pfennig erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kultursturm / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunistische Genossenschaftsvertrag

Bezugsstellen: 1100 Dresden monatlich 2.50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2.50 Reichsmark  
ohne Aufstellungsgebühr / Verlag Dresdner Verlagsgenossenschaft mbH, Dresden-4 / Geschäftsstelle  
und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Telefonnummer 17250 / Druckerei Dresden Nr. 1880/  
Geschäftsführer: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde Mittwochs von 17 bis 18 Uhr  
für Betriebe und arbeitsrechtliche Fragen Freitags von 16 bis 18 Uhr juristische Beratungsstunde

Gesamtgegenstand: Die neuroman geprägte Monatszeitung über deren Raum, u. d. R. 1928 für Sammler  
ausgegeben. In die Redaktion einreichend an den entsprechenden Zeit einer Zeitung 1. 10 R. 1928.  
Druckerei: Einzelnummer nachdrucken bis 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-4. Güterbahnhofstr.  
2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Jahre höherer  
Anzahl besteht kein Hindernis auf Lieferung der Zeitung aber auf Nachfragerung des Bezugsstellen.

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 19. November 1929

Nummer 269

## 41698 Erwerbslose in Dresden

Der kommunistische Wahlsieg in Berlin im Spiegel der Presse / Unaufhaltbarkeitserklärung der Wahl angedroht / Kommunistischen Abgeordneten soll die Immunität geraubt werden / Eisenbahnungluß bei Essel

### Jeder fünfte Einwohner davon betroffen!

Über nur 24 753 Unterstände und 4305 Arztenunterstützungsempfänger

Dresden, 19. November  
Die Zahl der Arbeitslosen in Dresden stieg in der vorjährigen Woche um 2400 auf 41 628 an. Diese erstaunlich hohe Zahl bedeutet, daß von den rund 600 000 Einwohnern Dresdens rund 120 000 Personen oder ca. 20 Prozent direkt durch die Erwerbslosigkeit betroffen sind. Das befindet Charakteristische an der jetzigen Erwerbslosigkeit ist, daß hochqualifizierte Arbeiter und Angestellte in starkem Maße die Stempelstellen bevölkern. Wiederholt wiesen wir daraufhin, daß besonders die qualifizierten Arbeiter und Angestellten der Nationalisierung zum Opfer fallen und mit dauernder Erwerbslosigkeit zu rechnen haben, aber sie sind bereit, als Hilfsarbeiter für geringeren Lohn zu arbeiten.

Die Tatsachen quellen die Strukturwandlung innerhalb der Fabrikarbeit in den Betrieben. Angestellte, Beamte richten an den modernen Maschinen die hochqualifizierten, geistigen Arbeiter. Die Erwerbslosenverschwendungsarbeit nimmt starke Strukturwandlung durch die leichten Bedürfnisse des Betriebs herbei angepeilt in der Richtung, daß die Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, den gelehrten Arbeitsteilen die Unterstützung zu entziehen, falls sie sich weigern sollten, die nicht ihrem Beruf entsprechenden Arbeiten, für welche eine niedrigere Entlohnung erfordert, anzunehmen.

Gerade die gelehrten Arbeiter, die zu einem Teil nach der SPD und der reformistischen Bürokratie folgen, und durch diese Verschiebungen des Arbeitsteilungswesens außerordentlich schwer betroffen.

Das Arbeitsteil hat in Unbedrucktstellern an die Ausbeutet der „Leitende Klasse“, gerichtet, der der Unförderung von Arbeitnehmern für das Werkzeuggericht hat nur an den Arbeitern zu wenden. Durch diese Maßnahme sollen lediglich die Erwerbslosen „getrieben“ werden, praktisch hat das fehlende Arbeitsteil.

Die Erwerbslosigkeit ist jedoch nicht etwa ein Zwischenfall, der es leichter um die Profite der Bourgeoisie geht; das Gegenteil ist vielmehr richtig. Zug Ausbaus der Betriebe, Erweiterungen von Maschinen usw. werden in den ent-

stehenden Betrieben Dividenden in der gleichen Höhe wie im Vorjahr ausgezahlt. Da es werden schon Stimmen laut, daß die Dividendenpolitik bei Unternehmen geändert werden muß, damit die Kleinbetriebe häufen zu Kapitalanlegern bestimmen werden. Um diese Herstellung des kleinen Kapitalisten geht jetzt der Kampf innerhalb der Bourgeoisie.

Die Tatsache läßt natürlich nicht aus, daß die Kleinbetriebe der Vertreibung und Nationalisierung und damit der verschafften Konkurrenz verbunden mit verminderter Kaufkraft der durch Senkung des Lebensstandards verhinderten Massen, zum Opfer fallen. Die Konkurrenz der Kleinbetriebe wiederum bindet die Verteilung eines weiteren Monopolisierungen der Produktion und des Raumes durch die Bourgeoisie. Der Druck auf die Massen wird immer höher.

Die Erwerbslosen aber müssen sich wehren. Nichts wäre fataler als ein Widerstand im Kampf um die Existenz

der Existenz. Gemeinsam mit den Arbeitern in den Betrieben muß der Kampf um den lebensfähigen Arbeitstag vorbereitet werden. Herabsetzung des Arbeitstags, Schädigung der Löhne, belohnen der unteren Lohngruppen, Eingliederung der Erwerbslosen in die Produktion, menschenwürdige Unterstützung für alle Erwerbslosen sind die Forderungen, für die sowohl Erwerbslose als auch die noch im Betrieb Stehenden kämpfen müssen.

Der Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftspolitik, der am 30. November und 1. Dezember in Berlin stattfindet, wird eingehend die Aufgaben zur Durchsetzung dieser Forderungen beraten und die entsprechenden Maßnahmen fassen.

Die Stempelstellen und Betriebe müssen mobilisiert werden und ihre Delegierten zu dem Kämpfengang wählen.

Die Sozialdemokraten verhindern natürlich alle Mindestsicherungen zu lassen, um die Arbeiter und Arbeitnehmer vom Kampf um ihre Rechte abzuhalten. Die „Vollzeitzeitung“ mag noch so sehr liegen, die Arbeitermassen dürfen sich nicht belügen lassen, sondern müssen mit der revolutionären Opposition den Kampf organisieren.

### Der kommunistische Wahlsieg in Berlin

Die bisherige Mandatsberechnung bei folgender Sitzen-  
teilung im Berliner Stadtparlament ergeben:

Sozialdemokraten . . .	65 Mandate	75 — 10
Deutschpartei . . .	46	47 — 7
Kommunisten . . .	58	41 + 15
Demokraten . . .	14	21 — 7
Deutsche Volkspartei .	15	13 + 2
Wirtschaftspartei .	10	9 + 1
Zentrum . . .	8	8 — 0
Deutschsozialistische .	1	3 — 2
Sozialdemokratische Partei .	3	3 + 1
Nationalsozialisten .	13	— + 12
	225	219

(In der letzten Stadtbewohnerauszählung hatten ehemalige der Unabhängigen Sozialdemokraten . . . 3 Mandate  
Deutschpartei . . . 3  
226 Mandate)

Die Kommunistische Partei hat im Vergleich zur letzten Stadtbewohnerauszählung das meiste an Stimmen und Mandaten gewonnen. Der Gewinn beträgt fast 220 000 Stimmen. Der Sozialdemokratische Verlust ist besonders wichtig in den Arbeitsteilen, an denen die Kommunistische Partei weit über das bisherige Niveau hinaus an die sozialdemokratischen Stimmen herangekommen ist. Dieses Ergebnis ist eine politische Erhebung mit dem in Berlin belohnenswerten Anschluß zum Kommunistischen System des Sozialföderalismus, das in den kommenden Jahren sicher einen exponentiellen Ausbruch findet.

Die große Wohlfahrt der Kommunisten kämpft natürlich auch die Kreise des bürgerlichen Bürgertums über seine mit Hilfe der Sozialdemokratie gewonnene Position. Doch die SVD kommt zu verloren, ob auch zu fest ist, auch nur irgendwelche Selbstkritik zu haben, zeigt die geltende Stellungnahme der Befreiung zu den Wahlen. Mit seinem einzigen Blatt wird auch nur ironisch wie Rüttel bei den eingetretenen eigenen Verlusten grüßt, während die Verluste der anderen Parteien von oben herab bestätigt werden. Belohnenswert ist, daß viele großartige Stellungnahmen in der Befreiung des Berliner Ergebnisses aus. Sie gelingt zwar zu sehr die Kommunistische Partei in Berlin einen „bedeutenden Erfolg“ durch die Gewinnung von über 200 000 neuen kommunistischen Wählern errungen hat, aber sie trifft gleichzeitig ihre Fehler bemerkt, daß dies „nur ein Gelingen“ ist. Sie verleiht dabei Hoffnung, daß in einer ganzen Stadtzone, um Südstadt und Weststadt die Kommunistische Partei sich relativ gut selbstgeht und daß die SPD ihre Rolle längst überwunden und würde von Wahl zu Wahl „zurückgeworfen“. Idem gilt ausgesetzt, wie aber mittlerweile zu Ende gefüllt werden kann. Für die Sozialdemokratische Einheit ist jedoch durchaus möglich, daß sie genau wie das großdeutsche Bürgertum darüber setzt, daß die „proletarische Wohlfahrt“ durch den kommunistischen Wahltag nicht beeinflußt werden darf. Wenn die SVD damit die Konsolidierung der Arbeiterschaft erwartet, so glauben wir ihnen, daß sie sich von ihrem Arbeitervater durch den kommunistischen Wahltag nicht im mindesten abhalten lassen will. Das jedoch die Arbeiter mit Gegenmaßnahmen entwaffnen werden, dafür zeigt der Vormarsch der Kommunisten in Berlin.

Die sozialdemokratische Wohlfahrt ist jedoch die bürgerliche Welle, die ihre Werte aus sozialen Gründen nicht so leicht angreifen mögen, wie dies durch die SVD-Welle geschieht. So überredet der Friedenskämpfer seine Spiege in der geistigen Ebene ausgabe:

„Ein wenig einheitliches Wahlbild.“

Offiziell verschiedene Ergebnisse der Wahl, so daß noch kein umfassendes Urteil möglich ist.

Im allgemeinen aber Erfolge der Nationalsozialisten und Kommunisten.“

In dem Bericht über die Wahlengebnisse heißt es:

„Das Ergebnis der Berliner Stadtbewohnerauszählung wird diesmal weit über die Reichshauptstadt hinaus größeres Interesse als sonst erwarten, weil gerade in Berlin die Wohlfahrt im Zeichen des großen Städtebaus stand. Die Radikalisierung der Wohlfahrt, die dadurch herbeigeführt wurde, hat sich tatsächlich ausgewirkt. Es wird mit Schwierig-

### Unerhörter Immunitätsraub angekündigt!

Berlin, den 18. November.

Zum Gehaltserhaltungsausschuß des Reichstages wurde in der Sitzung vom 18. 11. von dem sozialdemokratischen Abgeordneten von Kardorf unter Zustimmung des sozialdemokratischen Abgeordneten Hellmuth der Antrag gestellt, daß bei Gütekriterien der Kommission aufgegeben wird, gegen die von den Senatsausschüssen erlassenen Strafverfolgungsanträge vorzutragen. Hier handelt es sich in der hauptsache um eine Maßnahme gegen die kommunistischen Abgeordneten, gegen die von den Staatsanwälten gestellten Strafanträge auf Verhafung der Kommunistischen Abgeordneten gegen die Gelehrte, teilweise als „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ bezeichnet und darum die Anträge auf Aufhebung der Immunität gegen die kommunistischen Abgeordneten. Die in den Augblättern und Betriebszeitungen als Verantwortliche angegeben waren. Das wird von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Gehaltserhaltungsausschusses als Missbrauch der Immunität bezeichnet und auch aus diesem Grunde eine generelle Aufhebung der Immunität angestrebt. Besonders

waren es die sozialdemokratischen Abgeordneten im Gehaltserhaltungsausschuß, daß die Mehrheit zur Zustimmung für die Aufhebung zu veranlassen suchten, unter Hinweis darauf, daß der Gehaltserhaltungsausschuß des Reichstages in allen diesen Fragen, die den 1. Mai betreffen, die Immunität aufgehoben hat. Natürlich verlangten sie die Schaffung an den 22 ermordeten Arbeitern den Kommunisten juristischen, entgegen den in der Deutschen Reichsverfassung verordneten Tatfällen, daß dieser Arbeitermord auf das Konzil des Herrn Jürgen kommt.

In zwei Fällen, wo es sich um angebliche Betriebsverstöße handelt soll, wurde die Immunität der kommunistischen Abgeordneten Langen und Roemer aufgehoben. Es war ein Umstand herausgekommen, der der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit zum leichtesten Vorgehen gegen die kommunistischen Abgeordneten veranlaßt hat. Für die von den Arbeitern verurteilten Betriebsverstöße werden mittlerweile als verantwortliche Herausgeber kommunistische Abgeordnete bezeichnet. Die Arbeitern glauben damit Mahngerüste der Kollegen vorzubringen, die sonst aus dem Betrieb verantwortlich für die Zettungen wären müßten.

Von den Sozialdemokraten wird gegen diese Notwehrmaßnahmen der Arbeitern im Betrieb gegen die Mahngerüste ein großes Bedürfnis gemacht. Sie erläutern, daß gerade das ein Grund zur Aufhebung der Immunität sei, um vor Gericht festzustellen, wer der eigentliche Verantwortliche für die Zettungen ist. Es kommt ihnen also auf die Behauptung der Arbeitern an. Das entspricht durchaus dem arbeiterfeindlichen Kurs der Sozialdemokraten, die nicht nur mit der Bourgeoisie in der allgemeinen Politik, sondern auch mit dem Unternehmersystem im Kampf die Arbeiterverschwörungen palavieren.